

# ADR

## Ausgrenzung gelassen in Kauf nehmen

Robert Mehlen

beantwortet Fragen der *forum*-Redaktion

*Wie verstehen Sie die Rolle der Opposition? Als Aufsicht der Regierung und kritische Instanz oder als konstruktives Element?*

Sowohl als auch! Primäre Rolle der parlamentarischen Opposition ist in unseren Demokratien doch die Kontrolle der Regierung. Dass diese nicht optimal funktionierte, geht aus der Tatsache hervor, dass es dem ADR auf Anhieb gelang, trotz einer konsolidierten Parteienstruktur neben den etablierten Parteien im Parlament Fuß zu fassen. Die Demokratie als Garant von Freiheit und Meinungsvielfalt, als Kontrolle über die jeweiligen Machthaber kann nur dann ihrer Rolle gerecht werden, wenn die Opposition frei und ohne Beeinträchtigung brisante Themen aufgreifen, althergebrachte politische Gepflogenheiten in Frage stellen und im Interesse der Bürger(innen) gegen Versäumnisse und Missstände vorgehen kann. Seit nunmehr 14 Jahren widmet sich das ADR voll und ganz dieser Aufgabe. Die Wähler wussten diesen Einsatz bei den Wahlen 1994 und 1999 zu würdigen.

Dessen ungeachtet darf das konstruktive Element in der Oppositionsarbeit nicht zu kurz kommen. Zu den frustrierenden Aspekten der Politik gehört allerdings auch die systematisch ablehnende Haltung der Regierung gegenüber Vorschlägen und Ideen der Oppositionsparteien. Initiativen der Oppositionsparteien werden kaum aufgegriffen; sie dienen meistens lediglich dazu, die Politik der jeweiligen Oppositionspartei zu dokumentieren. Dennoch werden den Wählern solcherart politische Alter-

nativen aufgezeigt, die dann manchmal doch den Weg in die Regierungspolitik finden, nämlich dann, wenn mit gebührendem zeitlichen Abstand, sich für die Regierungsparteien die Möglichkeit ergibt, solche Vorschläge ohne Gesichtsverlust als eigene Ideen zu präsentieren.

Auch wenn immer wieder von Regierungsseite betont wird, Politik sei kein Spiel, so drängt sich doch in einem gewissen Maße dieser Eindruck auf, besonders in Anbetracht des Verhaltens der jeweiligen Regierungen. Das ADR fühlt sich auf jeden Fall verpflichtet, eine ehrliche, konsequente und konstruktive Oppositionspolitik zu betreiben, auch wenn dies den Machhabern nicht behagt. Dies ist der Auftrag, den die Partei schlussendlich vom Wähler erhalten hat und den es bestmöglich auszuführen gilt.

*Das ADR scheint in einer doppelten Oppositionsrolle, wenn man bedenkt, dass ihm z.B. im Unterschied zu anderen Oppositionsparteien trotz seiner Stärke etwa ein Mitwirken im Staatsrat verwehrt wird. Ist das ADR dadurch in einer besonderen Situation?*

Der Erfolg des ADR als Neuankömmling auf der politischen Bühne wird immer noch widerstrebend von den anderen Parteien zur Kenntnis genommen. Symptomatisch ist der Ausspruch des Staatsministers J.-Claude Juncker am Wahlabend 1994, er wolle alles unternehmen, um das ADR von der politischen Bühne verschwinden zu lassen. Dies läßt angesichts unserer

demokratischen Einstellung und der steigenden Unterstützung, derer wir uns in der Bevölkerung erfreuen, auf ein eigenartiges Demokratieverständnis schließen.

Allerdings haben verschiedene Vorkommnisse, ganz besonders wenn es um sogenannte Dysfunktionelle oder Affären ging, ziemlich deutlich gezeigt, dass es einen gemeinsamen Zement gibt, der die drei traditionellen Parteien CSV, DP und LSAP zusammenhält. Da kommt ein politischer Konsensualismus zum Vorschein, der meistens dazu führt, dass die Angelegenheit ausgeht wie das Hornberger Schieses. Man kann nur raten, was sich dahinter verbirgt, aber offenbar gibt es Elemente, die es diesen drei Parteien erlauben, sich gegenseitig so zu kontrollieren, dass keine aus der Reihe tanzt.

Die Grünen, auch wenn sie wahrscheinlich nicht zu diesem politischen Kartell gehören, trauen sich offenbar nicht, ihre Oppositionsrolle mit der nötigen Konsequenz zu spielen, weil sie als koalitionsfähig angesehen und akzeptiert sein wollen. Dies wird z.B. in verschiedenen brisanten Dossiers, wie dem PEI-Museum oder dem Kirchberg-Fonds offensichtlich. Als Belohnung werden die Grünen ab und zu vom Staatsminister gelobt und so haben sie auch ihren Staatsratsposten erhalten, obwohl das ADR bei den letzten Wahlen wesentlich besser abgeschnitten hat.

Damit wird aber auch der Beweis erbracht, dass das ADR eine anders gartete Oppositionspartei als die Grünen

und die Sozialisten ist. Für politische Machtspiele, Vetternwirtschaft und parteipolitische Kuhhändler ist das ADR nicht zu haben. Wir nehmen es daher gelassen in Kauf, von den anderen Parteien in einem gewissen Sinne ausgegrenzt zu werden, wobei zu bemerken ist, dass eine künftige konstruktive Zusammenarbeit bestimmt nicht am ADR scheitern wird.

*Gibt es in Luxemburg eine Gesamtopposition, ein Zusammenwirken der verschiedenen parlamentarischen Kräfte, die nicht in der Regierung vertreten sind? Oder wirkt jede Partei hier für sich? (Welcher Zustand wäre diesbezüglich wünschenswert?)*

Ein Zusammenwirken von drei sehr unterschiedlich gearteten Oppositionsparteien erweist sich in der Praxis sehr schwierig und zudem auch kontraproduktiv, da jede Partei bemüht ist, ihr eigenes Profil zu zeigen.

Wie bereits gesagt, hebt sich das ADR zudem durch seine kompromisslose Oppositionshaltung in verschiedenen brisanten Dossiers, ganz besonders bei Entgleisungen im Staatsapparat, deutlich von anderen Parteien ab. Die LSAP hingegen hat sich die gesamte Legislaturperiode über nur sehr schwer damit abgefunden, nach 15 Jahren Regierungsbeteiligung in der Opposition gelandet zu sein. Das politische Handeln der Sozialisten ist von dieser langen Regierungsbeteiligung geprägt. Da zahlreiche Gesetzesprojekte noch unter sozialistischer Amtszeit ausgearbeitet wurden, ist die LSAP in manchen politischen Dossiers befangen und gehemmt. Zudem erleichtern inhaltliche Differenzen mit den Sozialisten und den Grünen ein Zusammenwirken im Parlament kaum. Kommt es dann doch einmal zu einem einheitlichen Abstimmungsverhalten, sind die Beweggründe dieser drei Parteien oft sehr unterschiedlich.

Die Frage, ob es in Luxemburg eine Gesamtopposition gibt, kann also durchaus verneint werden, auch wenn hin und wieder eine punktuelle Zusammenarbeit möglich ist. Vor dem Hintergrund der politischen Meinungsvielfalt ist es für das ADR daher ein natürlicher Vorgang, dass die einzelnen Oppositionsparteien ihre eigene Politik deutlich



herausarbeiten und dem Wähler so die Möglichkeit geben, nicht nur zwischen Regierung und Opposition zu entscheiden, sondern auch innerhalb der Opposition verschiedenen politischen Auffassungen ihre Zustimmung zu geben.

*Gibt es nach Erfahrungen des ADR Unterschiede in der Oppositionsarbeit zwischen der nationalen Ebene und der Gemeindeebene?*

Einmal abgesehen von der Unterschiedlichkeit der politischen Themen und der Existenz von lokalen Besonderheiten sind kaum Unterschiede in der Oppositionsarbeit zwischen der nationalen Ebene und der Gemeindeebene festzustellen. Der politische Oppositionsalltag ist natürlich auch auf Gemeindeebene von der primären Funktion eines Kontrollorgans gegenüber der herrschenden Mehrheit geprägt. Auch in Gemeindeangelegenheiten gilt es, das Handeln der Mehrheitsvertreter kritisch unter die Lupe zu nehmen und die Berechtigung und Begründung der politischen Entscheidungen zu hinterfragen.

Genau wie auf der nationalen Ebene werden Anregungen und Vorschläge

seitens der Opposition von den Mehrheitsvertretern konsequent ignoriert. Dementsprechend liegt das Hauptaugenmerk des ADR in der Opposition auf der Kontrolle der jeweiligen Mehrheiten sowie der Information und Aufklärung der Wähler. Nur so kann Demokratie funktionieren. Politischer Konformismus und eine Tendenz des Arrangierens sind die Totengräber der Demokratie. Dies gilt sowohl auf der nationalen Ebene als auch auf Gemeindeebene.

*Strebt das ADR mittel- oder langfristige Regierungsverantwortung an, oder versteht es sich als reine Oppositionsbewegung?*

Es liegt in der Natur des demokratischen Systems, dass eine Partei versucht, in die Exekutive zu gelangen, um ihre Ideen in die Praxis umsetzen zu können. Das ist auch grundsätzlich die Auffassung beim ADR, obschon man versucht sein könnte, angesichts des sich abzeichnenden, von den drei großen Parteien verursachten Finanzdebakels, lieber die nächsten Jahre in der Opposition zu verbringen.

Das ADR hat bereits anlässlich der Wahlen von 1999 betont, dass eine Regie-

rungsbeteiligung jederzeit möglich ist. Voraussetzung, um Regierungsverantwortung zu übernehmen, bleibt nach wie vor, dass die politischen Inhalte und Vorschläge des ADR in einem Regierungsabkommen genügend zum Tragen kommen und die Politik weitgehend im Sinne unseres Programms gestaltet wird. Eine Regierungsbeteiligung nur um der Macht willen, wird es seitens des ADR nicht geben. Das ADR wird sich nicht mit der Rolle des Lückenbüßers begnügen, um waghalsige Parteienkoalitionen zu ermöglichen, deren gemeinsamer Nenner nur die Ausübung von Regierungsgewalt ist. Seine Identität wird das ADR nicht auf dem Tisch politischer Ränkespiele opfern.

Eine nähere Betrachtung der sukzessiven Wahlprogramme des ADR belegt eindeutig den Wunsch, Regierungsverantwortung zu übernehmen, sei dies kurz-, mittel- oder langfristig. Sollte dies auf Grund der politischen Konstellationen nicht möglich sein, so wird das ADR auch weiterhin eine konsequente und konstruktive Rolle in der Opposition spielen. Politik darf nicht Selbstzweck sein, sondern muss sich für die Belange und das Wohl der Bürger dieses Landes einsetzen. Dabei darf es im Endeffekt keine Rolle spielen, ob dieser Dienst am Bürger in der Regierung oder in der Opposition stattfindet.

*Welches waren die wesentlichen Initiativen, Erfolge oder auch Fehlschläge des ADR in der abgelaufenen Legislaturperiode?*

Das ADR hatte maßgeblichen Anteil an den Beschlüssen des Rententischs, die zum Teil auf jahrelangen Forderungen unsererseits beruhen. Zusätzlich zum Rententisch hat das ADR seit 1999 vier Gesetzesvorschläge betreffend die Renten eingebracht. Das ADR hat sich für die legale Anerkennung alternativer Heilmethoden eingesetzt, die Reform der Schulmedizin, sowie zwei Reformen der Gesetzgebung betreffend die Lehrbeauftragten.

Zusätzlich hat das ADR sein Programm von 1998 bezüglich der dringend notwendigen Reform unseres Unterrichtswesens überarbeitet und der aktuellen Situation angepasst. Leider hat es den Anschein, dass die Regierung nicht

bereit ist, einer tiefgreifenden, auf dem Leistungs- und Konkurrenzprinzip beruhenden Schulreform den Vorrang zu geben. Das Gleiche betrifft den gesamten Staatsapparat, der besonders hinsichtlich des Beamtenstatuts reformiert werden müsste.

Ein besonderes Anliegen ist für uns die institutionelle Anerkennung und Verankerung der politischen Parteien. Es ist für das gute Funktionieren des demokratischen Gemeinwesens unerlässlich, dass die Frage der Parteienfinanzierung ordnungsgemäß und transparent gelöst wird, wobei der Einfluss potenzieller Geldgeber so weit als möglich zu eliminieren ist. Daher setzt das ADR sich für eine öffentliche Parteienfinanzierung bei gleichzeitigem Verbot von Firmenspenden und einer strikten Begrenzung der Personenspenden ein. Ein diesbezüglicher Gesetzesvorschlag des ADR blieb bezeichnenderweise bisher unberücksichtigt.

In der Abgeordnetenversammlung hat das ADR die Regierung wiederholt interpelliert, so z.B. über die Jugendkriminalität, die Gemeindefinanzen, den Mittelstand, die Präventivmedizin, die Drogenproblematik, die Felderzusammenlegung, den Weinbau, die gewerkschaftliche Repräsentativität, die Konkurse in Luxemburg sowie die Krebsvorsorge. Anlässlich dieser Debatten sowie in einer Vielzahl anderer Debatten hat das ADR eine ganze Reihe von Motionen an die Regierung eingereicht, die von einigen Ausnahmen abgesehen, alleamt zurückgewiesen wurden.

Ein Thesenpapier zur nachhaltigen Entwicklung wurde auf einem Sonderkongress verabschiedet und der Öffentlichkeit vorgestellt. Auf Pressekonferenzen wurden zudem Stellungnahmen zu einer breiten Palette von Themen vorgestellt, z.B. zur Staatsreform, dem europäischen Konvent, der Agrarreform, dem öffentlichen Transport, den Staatsfinanzen, der PISA-Studie, dem ADR-Transportkonzept, der Cité Judiciaire, den Dsytfunktionen im Transport- und Bautenministerium, dem Punkteführerschein usw.

Leider wurden unsere Ideen nur teilweise von der Regierung übernommen. Aber in manchen Projekten ist doch

zu bemerken, dass unsere Vorstellungen und Forderungen einen Einfluss auf die Regierungsarbeit ausgeübt haben. Totale Misserfolge hat es natürlich auch gegeben, so z.B. beim Punkteführerschein und dem Gehälterabkommen im öffentlichen Dienst.

*Hat die Regierung in der gegenwärtigen Legislaturperiode Vorstellungen des ADR aufgenommen?*

Etliche Vorstellungen des ADR sind, wie bereits vermerkt, in die Beschlüsse des Rententischs eingeflossen, wenn auch noch nicht alle Forderungen des ADR verwirklicht wurden. Auch das neue Nationalitätengesetz ist maßgeblich durch die Sichtweise des ADR mit der Forderung der Luxemburgischkenntnisse für Antragsteller beeinflusst worden.

Ein ADR-Gesetzesvorschlag betr. die Einführung des Referendums auf Basis eines Volksbegehrens blieb jahrelang in den Schubladen des Parlaments liegen, weil die Mehrheit nicht darauf eingehen wollte; allerdings hat die Regierung nun hierauf mit einem eigenen Gesetzesvorschlag reagiert. Der Erfolg ist nicht zu verkennen.

Desweiteren hat das ADR seine Forderung betr. die Abhaltung eines Referendums zum europäischen Verfassungsvertrag durchsetzen können.

Daneben finden wir in einer ganzen Reihe von Gesetzesprojekten der Regierung Forderungen und Vorschläge des ADR wieder, z.B. in der Neugestaltung der Rentenreservenanlagen, im Schulgesetz, usw.

Trotz seiner Oppositionsrolle und seinen doch recht bescheidenen Mitteln hat das ADR in den 14 Jahren seiner Parlamentstätigkeit Großes geleistet, auch wenn dies nicht immer den erhofften Niederschlag in der Regierungspolitik gefunden hat. Aber das kann sich ja ändern, wenn der Wähler es möchte.